

Postwachstum als Freiheit für alle

Claus Thomasberger

Claus Thomasberger: claus.thomasberger@htw-berlin.de

In vielen Ländern Europas erscheint Wirtschaftswachstum heute weit weniger als eine objektive Tatsache denn als eine Idee, die das Versprechen einschließt, die Vorteile des technischen Fortschritts nicht nur wenigen, sondern allen zugutekommen zu lassen. Tatsächlich aber kann in Europa nicht erst seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 von einem *Wachstum für alle* keine Rede mehr sein. In dem Vortrag sollen im Kern drei Thesen diskutiert werden:

These 1: Unter modernen Bedingungen ist Wirtschaftswachstum an sich weder Ziel noch Mittel (für andere Zwecke), sondern schlicht das *Ergebnis* einer Form des Wirtschaftens, die auf dem Wettbewerb zwischen Privatproduzenten beruht. Die Konkurrenz ist der Motor, der Unternehmen zwingt, ihre Produkte wie die angewandten Produktionsmethoden ständig zu verbessern und zu revolutionieren. Werden die Grundlagen des Wachstums verdrängt und wird die Vermehrung des Outputs primär als wirtschaftspolitisches Ziel betrachtet, so verweist dies auf eine verkürzte Sichtweise, die die Welt unreflektiert durch die Brille von Marktbeziehungen betrachtet – nicht in ihrer wirklichen Vielfalt, nicht gesellschaftlich, sondern eindimensional quantifizierend, messend und ökonomisch wertend.

These 2: Postwachstum erfordert nicht nur eine ökonomische Neuorientierung, sondern eine grundlegende kulturelle bzw. zivilisatorische Transformation, in deren Zentrum eine Neugestaltung des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft steht. Sie verlangt nicht weniger als die Unterordnung des wettbewerbsorientierten Marktsystems unter eine demokratische Gesellschaft. Die Konzentration auf das Wachstum ist Ausdruck einer Zivilisation, in der – in Polanyis Worten – die gesamte Gesellschaft in den Mechanismus ihrer eigenen Wirtschaft eingebettet ist.

These 3: Postwachstum bleibt gebunden an neue gesellschaftliche Lösungen des ökonomischen Problems, d.h. neue Antworten auf die Frage, wie der Wettbewerb ersetzt und möglichst viele Menschen dazu ermächtigt werden können, in freier und verantwortungsvoller Weise über das Was, Wie, von Wem und Wo von Produktion und Konsum zu entscheiden. Die Frage ist schon deswegen grundlegend, weil es sich dabei nicht um eine im eigentlichen Sinn des Wortes ökonomische, sondern um eine zivilisatorische Herausforderung handelt.

Von Internet-Plattformen als Instrumenten des Überwachungskapitalismus zu Plattformen als Infrastrukturen des Alltags

Astrid Krisch, Leonhard Plank

Astrid Krisch: astrid.krisch@tuwien.ac.at, Leonhard Plank: leonhard.plank@tuwien.ac.at

Seit einiger Zeit ist die Relevanz von Internet-Plattformen (von Amazon über Google bis zu Airbnb) nicht nur für ökonomische, sondern auch für gesellschaftliche Entwicklungen erkannt und häufig thematisiert. Der Diskurs hat sich jedoch von einer optimistischen Rahmung mit bisweilen utopischen Freiheitsversprechen durch neue Technologien zu einer kritischen Diskussion auf Basis einer Vielzahl an negativen Auswirkungen auf Ökonomie, Politik und Gesellschaft vor allem durch einen postulierten Überwachungs- und Datenkapitalismus verschoben.

Dem daraus resultierenden Ruf nach der Regulierung der Internet-Plattformen versucht der vorliegende Beitrag durch das Konzept der Alltagsökonomie gerecht zu werden. Einerseits wird hierdurch eine kritische Perspektive auf aktuelle Entwicklungen und andererseits die konzeptionelle Darstellung von alternativen Regulierungsformen ermöglicht. Den Argumenten von Karl Polanyi folgend, werden Internet-Plattformen als essentielle Infrastrukturen unseres Alltags verstanden, deren positiver Nutzen für alle nur durch die demokratische Beschränkung von ökonomischer und politischer Macht gewährleistet werden kann.

Neben der exemplarischen Darstellung von Regulierungsvorschlägen zum Wettbewerbsrecht und sektorspezifischen Regulierung liegt der Schwerpunkt dieses Beitrags auf Plattform-Kooperativen als mögliche progressive Antwort auf den Überwachungskapitalismus. Damit wird gezeigt, dass für die verschiedenen Ausprägungen der Internet-Plattformen auch unterschiedliche Regulierungsstrategien notwendig sind, um Plattformen als Infrastrukturen des Alltags für alle zu demokratisieren.

Doppelte Transformation: Ein gutes Leben für alle basierend auf sozialökologischen Infrastrukturen

Andreas Novy

Andreas Novy: andreas.novy@wu.ac.at

Im letzten Kapitel von *The Great Transformation* mit der Überschrift "Freiheit in einer komplexen Gesellschaft" entwirft Karl Polanyi Ecksteine seiner Utopie einer sozialistischen und demokratischen Gesellschaft, die Freiheit nicht nur für wenige, sondern für alle ermöglicht. Freiheit „für alle“ sei nur möglich, wenn der individuellen Freiheit einzelner, insbesondere von politisch und ökonomisch Mächtigen Grenzen gesetzt werden. Gleichzeitig findet sich bei Polanyi die Dialektik einer doppelten Transformation angelegt: Langfristig eine grundlegend andere Produktions- und Lebensweise, in der materielle Zielsetzungen, Wachstumszwang, Profitstreben und Konsumismus nicht bestimmend sind. Kurzfristig jedoch gilt es, für eben jenen tiefgehenden Wandel die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Für Strategien, die kurz- und langfristige Ziele gleichermaßen anstreben, kommt aktuell der Auseinandersetzung um geeignete Infrastrukturen eine zentrale Rolle zu: Bahn oder Schiene, Wegwerf- oder Kreislaufwirtschaft; öffentliche oder private Plattformen, Pflege als Ware oder als Recht? Sozialökologische Infrastrukturen, die auf erneuerbare Energieträger ausgerichtet sind, dezentrale Versorgung via Naherholungsräume sowie öffentliche Verkehrsmittel und leistbares Wohnen fördern und deren Zugang inklusiv organisiert ist, unterstützen eine inklusive Alltagsökonomie (foundational economy), verstanden als Daseinsvorsorge, Nah- und Selbstversorgung.

Gute, zugängliche und leistbare Infrastrukturen sind monetären Formen der Umverteilung (Transferleistungen, Grundeinkommen) überlegen. Sie haben das Potential, Bedürfnisse nicht via Geld und Warenform (Konsum) zu befriedigen. Sie sind also nicht nur „für alle“, indem sie Märkte inklusiv organisieren, Lebenshaltungskosten senken und ein Recht auf Teilhabe gewährleisten, sondern sie ermöglichen auch einen Lebensstil, der verallgemeinerbar ist. Derartige systemische Innovationen, die eine Transformation von Staatlichkeit und Öffentlichkeit bedingen, können zu Bausteinen der Verwirklichung einer konkreten Utopie des guten Lebens nicht nur für einige, sondern für alle werden.

(Vor-)Sorgendes Wirtschaften – Arbeit, Zeit und Infrastrukturen neu denken

Beate Littig

Beate Littig: littig@ihs.ac.at

Insbesondere vor dem Hintergrund öko-feministischer Kapitalismus- und Wachstumskritik wird vehement gefordert, dass Care - also die Vor-Sorge, die Selbst-Sorge, die Versorgung von sowie die Sorge um und für andere Menschen und Natur - zur normativen Leitlinie aller Wirtschaftstätigkeiten und ihrer demokratischen Gestaltung werden soll. Verlangt wird eine grundlegende geschlechtergerechte sozial-ökologische Transformation in Richtung einer nachhaltigen Arbeitsgesellschaft, für die ein erweiterter Arbeitsbegriff sowie die Neubewertung und Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten nur erste Schritte darstellen. Aus dieser Perspektive bezieht sich der Begriff *care* sowohl auf gegenwärtig lebende als auch auf künftige Generationen und erfordert eine Neuausrichtung der vom Markt gelenkten Geldwirtschaft. Anstatt abstrakter Werte sollen Wirtschafts- und Arbeitsziele geschaffen werden, die es ermöglichen, den eigenen Lebenszweck zu erfüllen und die den Schwerpunkt auf das solidarische gesellschaftliche Miteinander vor dem Hintergrund begrenzter natürlicher Ressourcen und natürlicher Regenerationsfähigkeit legen.

Analytischer Ausgangspunkt dieser Perspektive ist die (öko-)feministische Kritik am dominanten Erwerbsarbeitsbegriff der formellen Ökonomie, der die in erster Linie von Frauen erbrachten Sorgeleistungen in den privaten Haushalten marginalisiert, nicht als (re-)produktive Arbeit und als strukturelle Voraussetzung des Kapitalismus anerkennt. Die Kritik richtet sich auch auf die zunehmende Externalisierung der Kosten des steigenden Sorgebedarfs in den reicheren Volkswirtschaften, dem weiblichen Sorgeextraktivismus aus ärmeren Ländern. Aus öko-feministischer Sicht ist diese (globale) geschlechtsspezifische Arbeitsteilung Ausdruck der patriarchalischen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, die ihre Parallele in der Herrschaft über Natur hat.

Eine sozial-ökologische Transformation hin zu einer nachhaltigen und gerechten Gesellschaft kann daher nicht von der Beseitigung der hierarchischen Geschlechterverhältnisse absehen.